

Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

In Vorlage von Ullstein & Co Verantwortl für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Vor der Entscheidung im Angestelltenstreik.

Der Streik der Angestellten.

Abstimmungen in den Betrieben.

Der Streik der Angestellten Berlins hat heute auf die Angestellten der Waren- und Kaufhäuser übergegriffen. Auch die Angestellten der Lederverarbeitung haben sich dem Aufruf angeschlossen. In der Mehrzahl der Betriebe finden noch Abstimmungen über die Beteiligung am Generalstreik statt, so daß sich bisher noch kein klares Bild über die Beteiligung am Streik ergibt. Von der Zentralstreikleitung ist bestimmt worden, daß die Angestellten sämtlicher dem öffentlichen Wohl dienenden Einrichtungen vom Streik ausgeschlossen sind. Wie uns dazu noch von der Großen Berliner Straßenbahn als auch von der Hoch- und Untergrundbahn mitgeteilt wird, werden sich ihre Angestellten, entgegen anders lautenden Nachrichten nicht dem Streik anschließen. (Einzelheiten über die Streiklage befinden sich auf der vierten Seite.)

* Bremen, 16. April.

Auch die Hafnarbeiter streiken, so daß die im Hafen liegenden amerikanischen Lebensmittelgeschiffe nicht ausgeladen werden können. Aus diesem Grunde kann auch die bereits angekündigte Ausgabe der Lebensmittelzusatzstoffe nicht erfolgen. An einigen Stellen werden Arbeitswillige durch Streikende am Betreten der Arbeitsstätte gehindert. Ob und in welchem Umfang der Bürgerstreik einsetzt wird, kann man noch nicht sagen. Bis zur Stunde haben nur einige Geschäfte im Zentrum der Stadt geschlossen.

Der Reichskommissar Severing erklärt, daß mit der Bewilligung der 7-Stunden-Schicht und den übrigen Zugeständnissen an die Bergarbeiter die Grenze des Entgegenkommens erreicht sei. Eine sofortige weitere Verkürzung der Arbeitszeit, eine Erhöhung der Löhne und ebenso eine Bezahlung der Streikschichten käme nicht in Frage. Die Regierung könne keinen Streik unterstützen, der inszeniert wurde, um sie zu stützen. Die Bergleute sollten sich nicht einreden lassen, daß sie durch Fortsetzung des Streiks weitere Zugeständnisse erreichten.

Bierhundert heute mittag bei Rettwig zu einer Konferenz über den Streik zusammengetretene Ruhrbergleute wurden von Regierungstruppen umstellt und festgenommen. — Entsprechend der Zunahme des Streiks ist in der Vorwoche die Förderung der Steine im Ruhrrevier weiter zurückgegangen. Die Förderung, die bis zum Schluß der vorhergehenden Woche auf täglich 25 000 Tonnen gesunken war, betrug am 10. April nur noch 12 000 Tonnen. In normalen Kriegsmonaten bezifferte sie sich auf rund 320 000 Tonnen täglich. Abgesehen von den privaten und kommunalen Betrieben steht nunmehr auch die Eisenbahn unmittelbar vor der Betriebs Einstellung, denn ihre Brennstoffvorräte reichen in den meisten Bezirken nur noch für ein bis zwei Tage aus.

Die drohende Verkehrseinstellung.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

* Frankfurt a. M., 16. April.

Die Eisenbahndirektion teilt mit, daß von Freitag ab der gesamte Eisenbahnverkehr von und nach Frankfurt a. M. wegen Kohlenmangels voraussichtlich eingestellt wird.

Ua banque-Spiel mit Rußland.

Eine gefährliche Parole wird ausgegeben: Zurück zu Rußland! Die falsche Orientierung der deutschen Politik, für eine Zeit aufgegeben, solange ein Wilsonfriede annehmbare Bedingungen zu bieten schien, wird angesichts der unerträglichen Forderungen und Bedrückungen durch die Entente wieder aufgenommen. Es ist ein anderes Rußland, als jenes war, mit dem die deutschen Militärs den Frieden von Brest-Litowsk geschlossen haben, und es ist vor allem ein anderes Deutschland: der Bolschewismus liegt heute vor dem siegreichen deutschen Gegner nicht am Boden, sondern er hat sich als ungeheure Bedrohung ganz Europas erhoben, und morgen kann er es sein, der die Verträge diktiert. Zurück zu Rußland bedeutet heute, sich dem Bolschewismus in die Arme werfen, und die deutsche Politik ist so schwachmütig geworden, daß sie diesen Ausweg ins Auge faßt, um der Vergewaltigung durch die Entente zu entgehen. Man wird untergehen, aber der Bolschewismus wird sich dann über ganz Europa ausbreiten, und man hat die Genugtuung, die Feinde mit untergehen zu sehen.

Es ist eine Politik, die nicht mehr den eigenen Notwendigkeiten nachlebt, sondern, ins Gleiten gekommen, sich aus Rache dem Meißelbietenden preisgibt. Den Vergleich muß man dafür von der Straße holen.

Frankreich und die Entente haben ein Recht zum Mißtrauen angesichts einer solchen Politik. Die Schuld der Entente, deren drakonische Maßnahmen erst Deutschlands Verzweiflung möglich gemacht haben, und ihre Bedenken gegenüber dem fortlebenden deutschen Imperialismus, die durch die Drohung mit einem Anschluß Deutschlands an den Bolschewismus neue Nahrung gewinnen, sind zu einem unentwerrbaren Knäuel verwicklungen, und man muß nur hoffen, daß der Rat der Vier in Paris jetzt zu Entschlüssen kommt, die Deutschland solche letzten Konsequenzen ersparen.

Der Gedanke eines kontinentalen europäischen Bündnisses, den die „Vossische Zeitung“ im Bewußtsein Deutschlands zu verankern sucht, muß auf unüberwindliche Hindernisse stoßen, wenn man gar nicht den Willen hat, die politische Konstellation auch einmal mit den Augen Frankreichs anzusehen. Warum betrachtet Frankreich die Entwicklung in Deutschland mit Sorge? Nicht nur wegen eines Militarismus, der auf Revanche sinn und über den allein gelassenen französischen Militarismus herfallen könnte. Man spricht kein Geheimnis aus, wenn man gerade die Stellung und Furcht der Entente gegenüber dem Bolschewismus bei der Beurteilung ihrer Politik in Rechnung stellt.

Frankreichs Industrie ist auf lange Zeit, wenn nicht vernichtet, so doch lahmgelegt, die Deutschlands ist durch den Krieg nicht zerstört worden. Und während der Bolschewismus in Deutschland innerlich bereits überwunden scheint, während der deutsche Volkstörper die Krise dieser Infektion bereits übersteht, fürchten Frankreich und Italien, Belgien und auch England noch den Ausbruch der Krankheit mit ihren, namentlich in den romanischen Ländern noch ganz unabherrschbaren Folgen. Deutschland mag machtpolitisch am Boden liegen, einsichtige Angehörige der Ententestaaten sehen schon jetzt auf der Seite Deutschlands ein Übergewicht, eine Genugtuung, die der Entente, die vielleicht noch durch die Krankheit hindurch muß, nicht gegeben ist. Das Ua banque-Spiel mit dem russischen Bolschewismus in diesem Augenblick muß als ein Spiel mit der europäischen Idee wirken und verbittern. Man sieht in Frankreich nicht, daß Deutschland ein Druckmittel — allerdings das ungeeignetste — sucht; man sieht nur die Unehrllichkeit der Politik, wirft sie mit der alten imperialistischen Politik von Brest-Litowsk zusammen und steigert Mißtrauen und Härte.

Diese Seite der deutschen Ua banque-Politik liegt auf der Hand. Die andere Seite, das Verhältnis Deutschlands zu Rußland, ist für die deutsche Zukunft nicht weniger wichtig. Die „Vossische Zeitung“ hat die Politik von Brest stets bekämpft; sie würde sich selbst untreu werden, wollte sie jetzt die Annäherung an den Bolschewismus unterstützen. Gerade eine Politik, die auf eine Verständigung mit Rußland abzielt, muß dem Bolschewismus aus dem Wege gehen, mag er zu Zugeständnissen welcher Art auch immer jetzt bereit sein. Es ist Leninische Taktik, kleine Vorteile zu opfern, weil sein Blick auf das Endziel gerichtet bleibt. Er war es in Brest, das dem deutschen Militarismus verhängnisvoll geworden ist, und er würde es jetzt ebenso der deutschen Demokratie werden, die vom Bolschewismus schließlich ebenfalls ebensowenig anerkannt werden kann. Man staunt über die Unkenntnis der russischen Verhältnisse, wie sie in den Vorschlägen, mit Moskau zu patricieren, zutage tritt. Es bedarf nur des ersten Entgegenkommens — dann verschlingt der Bolschewismus Deutschland unausweichlich.

Es ist Ua banque-Politik, sich zu opfern, aus unklaren Hoffnungen auf die Möglichkeit eines guten Endes an der Seite des bolschewistischen Rußland, es ist aber...

Rohstoffe für Deutschland.

Drahtmeldung.

London, 16. April. (Neuter.)

Eine amtliche Mitteilung aus Paris besagt, daß der Oberste Wirtschaftsrat den Plan aufgegeben habe, der deutschen Regierung die in den Händen der alliierten Regierungen befindlichen Ueberschüsse an Rohstoffen schon vor dem Abschluß des Friedensvertrages unter Bedingungen, die durch einen besonderen Ausschuss gemeinsam mit den Blockade- und Finanzabteilungen des Obersten Rates ausgearbeitet werden, zum Kauf anzubieten.

Hamburg, 16. April. (W. L. B.)

Das „Hamburger Fremdenblatt“ meldet: Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, sind nach zuverlässigen, hier eingegangenen Nachrichten von Seiten der Entente etwa 100 000 Tonnen Nahrungsmittel entweder bereits an Deutschland geliefert worden oder liegen zur Lieferung bereit in Rotterdam, Antwerpen und Kopenhagen. Es sollen ferner 300 000 To. Lebensmittel, lieferbar im Monat April, unterwegs sein. 200 000 To. Schiffsraum sind auf der Fahrt nach überseeischen Verladehäfen, um weitere Mengen aufzunehmen. Bei der Zufuhr von Waren sind Schwierigkeiten verschiedener Art, wie z. B. Ansbauung in den Häfen der Entente, zu überwinden, so daß die Belieferung unter Umständen nicht immer ganz gleichmäßig erfolgen kann, jedoch ist man bemüht, in jeder möglichen Weise Deutschland darin zu unterstützen, die vereinbarten Warenmengen zu beziehen. Es hat den Anschein, als ob von Seiten unserer Gegner, abgesehen von der Belieferung mit Lebensmitteln, auch Vorbereitungen getroffen werden, um Deutschland den Bezug von einzelnen Rohstoffen zu ermöglichen, die für Deutschland für die Aufrechterhaltung des Bergbaues notwendig sind, wie z. B. Schmieröle usw.

Anarchie in München.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

* Bamberg, 16. April.

Ministerpräsident Hoffmann ist nach Bamberg zurückgekehrt. Aus München wird gemeldet, daß sich die Lage verschlechtert hat. Die Stadt ist vollständig in der Hand der Charkoffisten und Kommunisten. Dr. Leblen und Cappelmer haben die Führung an sich gerissen. Auf dem Rathausplatz sind Geschütze und Maschinengewehre einbestellt. An zahlreichen Stellen Münchens wurden von den Rotgardisten unter dem Vorwande von Hausbesuchen Überwachungen eintreten lassen. Der Zentral-

rat hat eine Anzahl bürgerlicher Geiseln festgesetzt. 70- und 80jährige Leute wurden des Nachts aus ihren Betten geholt. Die Haftbefehle trugen die Unterschrift Tollers, des Führers der Münchener Unabhängigen.

Deutschland soll nicht verhandeln?

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

os Rotterdam, 16. April.

Wie Savas nach Blättermeldungen berichtet, besteht der Friedensvertrag aus zwei Teilen, nämlich aus dem vorläufigen Friedensvertrag mit Deutschland und aus dem Teil des Vertrages, der Deutschland nicht direkt betrifft, und zu dessen Unterzeichnung später die österreichischen, ungarischen, bulgarischen und türkischen Delegierten hinzugezogen werden. Der erste Teil des Vertrages enthält einen Artikel, in dem Deutschland sich von vornherein verpflichtet, alle Verfügungen anzuerkennen, die die Alliierten über österreichisches, ungarisches, bulgarisches und türkisches Gebiet treffen werden. Dieser Teil des Vertrages soll den früheren Verbündeten Deutschlands gleichzeitig vorgelegt werden. Alle Mächte, die sich mit Deutschland im Kriege befinden, werden den Friedensvertrag mitunterzeichnen, aber etwaige Verhandlungen werden nur durch den Rat der Vier mit Deutschland geführt werden. Den Deutschen wird es gestattet, in eine Erwiderung der finanziellen Bestimmungen einzutreten, jedoch wird Deutschland nicht das Recht haben, über Gebietsfragen zu beraten, vor allem nicht über die Feststellung seiner Grenzen, über die Verwaltungsform des Saarlandes, die des linken Rheinufers, über Marokko, über das Los der Kolonien. Deutschland wird die Bedingungen über diese Punkte entweder en bloc annehmen oder ablehnen müssen. Es wird den deutschen Vertretern nur zugestanden werden, einen aus ihrer Mitte nach Weimar zu senden, um entweder die Zustimmung oder die Ablehnung der deutschen Regierung zurückzubringen.

Der zweite Teil dieser Meldung scheint auf englische Quellen zurückzugehen; jedenfalls entspricht ihr Inhalt den von maßgebenden englischen Kreisen vielfach geäußerten Wünschen. Ob sich die darin enthaltene Darstellung bewahrheiten wird, bleibt abzuwarten. Im übrigen verweisen wir auf den im heutigen Morgenblatt der „Vossischen Zeitung“ wiedergegebenen Bericht über die erste Sitzung des parlamentarischen Friedensauschusses, demzufolge man in Weimar die Hinzuziehung der deutschen Vertreter zu den eigentlichen Verhandlungen für wahrscheinlich hält.